

Wolfgang Fritz Haug

## **Liberalität, die sich selbst aufhebt. Der Fall Antonia Grunenberg<sup>1</sup>**

Das wiedervereinigte Deutschland treibt nach rechts, die Hoffnungen vom Herbst 1989 Lügen strafend. Das ist inzwischen ein Gemeinplatz. Wie dabei auch linksliberale Intellektuelle unfreiwillig mitwirken, das verdient Beachtung. Ein Fall von vielen ist der der „Zeit“-Autorin Antonia Grunenberg. Zwei ihrer neuesten Eingriffe zeigen das Problem.

### *Beispiel 1: Anti-Antifaschismus*

Zu einer Zeit, da sich im wiedervereinigten Deutschland die Angriffe gegen jüdische Einrichtungen, Ausländer, Behinderte mehrten (während in Italien die Kandidaten der Neofaschisten in Neapel und Rom über 40 Prozent der Stimmen erreichten), veröffentlichte Grunenberg eine Streitschrift gegen Antifaschismus.<sup>2</sup> Dabei verfolgte sie zwei Gedanken. Der erste, auf der Woge der durch Stasi-Enthüllungen genährten Abrechnungen: die DDR hatte „Antifaschismus“ staatsideologisch funktionalisiert. Der zweite: „Die Alternative zum Anti kann nur die Errichtung einer zivilen demokratischen Kultur sein.“ Jeder dieser beiden Gedanken enthält sein Körnchen Wahrheit. Beide werden um ihre Wahrheit gebracht. Der erste dadurch, dass der DDR-Propaganda, die Antifaschismus zu monopolisieren versuchte, nachträglich recht gegeben wird. Die vielfältigen antifaschistischen Tendenzen und Erfahrungen werden dem erledigten Popanz zugesprochen, um heutige Antifaschisten zu erledigen. Der

---

<sup>1</sup> Zuerst erschienen in: *Wochenzeitung (WOZ)*, Zürich, Nr. 16, 22.4.1994, 18.

<sup>2</sup> *Antifaschismus — ein deutscher Mythos*, 1993.

zweite Gedanke wird dadurch in seinem unbestreitbaren Recht geschmälert, dass das sozialpolitische Fundament einer zivilen demokratischen Kultur ausgeblendet wird. Es hilft aber nichts, bloß Umgangsformen zu predigen, wenn sich die Lebensbedingungen großer Bevölkerungsteile verschlechtern, die fürchten müssen, dauerhaft von den Modernisierungsgewinnen abgekoppelt zu werden. Indem diese liberal gemeinten Gedanken an der Oberfläche bleiben, werden sie hinterrücks um ihre Liberalität gebracht. Sie werden Teil einer längst nicht mehr nur antilinken, sondern antiliberalen, ja antiwestlichen Bewegung, die Deutschland derzeit nach rechts treibt und die, seit die Tageszeitung „Die Welt“ sich zu ihrem Organ zu machen strebt, selbst der „Frankfurter Allgemeinen“ auffällt, wie aus einem Artikel von Ulrich Raulff hervorgeht.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Letztlich helfen keine Anti-Appelle, sondern die Gestaltung einer zivilen demokratischen Kultur, doch bleibt diese ein frommer Wunsch, wird sie nicht durch eine neue sozialpolitische Gestaltung der sogenannten Modernisierungsprozesse, das heißt, des Übergangs zur hochtechnologischen Produktionsweise fundiert. Um aber der zivilen Demokratie überhaupt eine Chance zu geben, muss sie sich gegen die neue faschistische Gewaltwelle verteidigen. Und zwar auf allen erdenklichen Ebenen. „Antifaschismus“ bedeutet dann nichts anderes, als dass politische Kräfte ungeachtet ihrer Gegensätze und Konkurrenzen gemeinsam gegen die faschistischen Tendenzen auftreten. Dazu müssen sie ihre Gegensätze in Bezug auf einen entscheidenderen Gegensatz zu bloßen Unterschieden innerhalb einer parlamentarischen Demokratie herabstufen. Was spricht eigentlich dagegen, dass, sagen wir, Gysi und sein Wahlvolk zusammen mit Kohl und seinem Wahlvolk gegen einen Brandanschlag auf eine Synagoge demonstrieren? Spricht dagegen, dass Gysis PDS dadurch klein gehalten werden soll, dass man sie als bloß umbenannte SED vorführen will? und dass man die SED und ihren Staat, die

DDR, auf eine Parallele zu NSDAP und zum NS-Staat reduziert? In der Tat, das spricht dagegen. Diese Waffe ist der herrschenden Linie wichtiger als die Verteidigung der zivilen demokratischen Kultur. Obwohl es keinen Kommunismus mehr gibt, gibt es noch immer Antikommunismus.

*Zweites Beispiel: der „Streit“ um Christa Wolf*

Antonia Grunenberg hat Anfang April in der liberalen „Zeit“ zu einer der Wiedervereinigungsquerelen, dem sogenannten „Streit um Christa Wolf“ Stellung genommen. Man muss einen Moment innehalten und darüber nachdenken, was „Streit“ hier eigentlich heißt. Dabei stößt man auf unterschiedliche Ebenen:

1. Bestimmte östliche Intellektuelle setzen sich gegen das zur Wehr, was ihnen als Kolonialisierung der vormaligen DDR durch Westdeutschland erscheint; sie werden dadurch ihrerseits zum Ziel von Angriffen.
2. Das Problem ihrer Angreifer ist aber folgendes: einige jener Intellektuellen wie Volker Braun, Christof Hein, Stefan Heym, Helga Königsdorf und Christa Wolf genießen nicht nur großen Vertrauensvorschuss bei vielen Ostdeutschen, sondern sind auch zur Zeit des Kalten Krieges, als sie der DDR unbequeme Wahrheiten sagten und für Demokratisierung wirkten, von westlichen Medien wie der „Zeit“ und dem „FAZ“-Feuilleton hochgelobt und veröffentlicht worden. Nachträglich müssen sich die Dissidenten des Ostens wie nützliche Idioten des Westens vorgekommen sein. Denn kaum war der Osten gefallen, hatten sie ihre Schuldigkeit getan und sollten gehen. Hatten sie ihren moralischen Respekt durch aufrechten Gang in der DDR erworben, so macht derselbe aufrechte Gang sie heute zum Störfall. Also müssen die vordem Aufgebauten nun wieder abgebaut werden. Dies ist die zweite Ebene.

3. Zwischen Schriftstellern, die die DDR verlassen haben und solchen, die geblieben sind, gibt es andersartige Reibungsflächen. Dies ist eine dritte Ebene. Was immer da im einzelnen auszutragen ist, an und für sich hat dieser Konflikt seine Eigenlogik. Aber nun wird er funktionalisiert und auf die zweite Ebene gezogen.

Was sich nun als „Streit“ in den Medien ereignet, ist wie seinerzeit der Historikerstreit kein einfacher Intellektuellenstreit, sondern ein Medienkonstrukt, allenfalls ein benützter Streit. Strategie und Funktion solcher Kontroversen haben Tradition. Denn wenn etwas für die Tradition der politischen Kultur in Deutschland bezeichnend ist, dann der Missbrauch der Kultur durch eine Politik, die nach der sturen, bis ins Mark illiberalen Herrschaftslogik verfährt: wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Wer immer einen demokratischen Sozialismus wollte, ja, wer eine liberaldemokratische politische Kultur der Runden Tische ins vereinigte Deutschland einbringen wollte, gilt als unsicherer Kantonist.

Antonia Grunenberg tritt in diesen Streit wieder auf eine Weise ein, die ihre liberalen Intentionen ins Gegenteil verkehrt. Ihr richtiger Gedanke ist der, dass eine parlamentarische Ordnung, die Freiheitsrechte (Wissenschaft, Kunst, Medien, Meinung) und Menschenrechte respektiert, einer Diktatur moralisch überlegen ist und in Gestalt individueller Bewegungsfreiheit enorme Vorzüge bietet. Das gilt auch für die Bundesrepublik im Verhältnis zur DDR, vor allem dank der Folgen der Studentenbewegung vom Ende der 60er Jahre. Grunenberg ruiniert diesen wichtigen Standpunkt, auf dem sich Liberale und Linke treffen können, durch eine Reihe fahrlässiger Gleichsetzungen.

Sie stellt die Angriffe auf Christa Wolf in die Tradition von Thomas Manns Kritik an Schriftstellern, die sich mit dem Nazismus arrangiert hatten. Ciceros Rhetorik lässt grüßen: wir setzen die DDR mit dem Dritten Reich, den

„Sozialismus“ mit dem „Nationalsozialismus“, nicht gleich, aber wir stellen den Streit zwischen „ausgereisten“ und „dagebliebenen“ Schriftstellern unter den Kommunisten in eine Linie mit dem zwischen Emigration und „innerer Emigration“ unter den Nazis. Wir sagen „man tut es nicht“, und tun es gerade. Wir waschen uns die Hände in Unschuld. Das ist das juste Milieu von heute. Seine Argumente ebnet blind den Weg nach rechts.

Da ist Grunenberg Phrase von den „45 Jahren SED-Diktatur“. Nicht nur, dass die DDR nur 40 Jahre alt geworden ist, ihre Geschichte kannte unterschiedliche Phasen. Das Projekt einer neuen Gesellschaft, das von Bertolt Brecht, Ernst Bloch, Hans Maier und Anna Seghers nicht anders als von Wolf Biermann getragen und von Thomas Mann mit Sympathie bedacht wurde, geht in diesem versimpelten Popanz nicht auf. Wenn es auch den Erbfehler der sowjetisch installierten Diktatur besaß, so verkörperten sich doch Ansprüche und Hoffnungen in diesem Projekt, die man nicht preisgeben kann, ohne größten Schaden anzurichten. Die DDR kulminierte nicht in Auschwitz (und auch nicht im Gulag), sondern in einem mechanisch-sozialen Vormundschaftsstaat, der in seinen Widersprüchen und an seiner mit diesen zusammenhängenden ökonomischen Ineffizienz stagnierte und sich schließlich selbst aufgab. Differenzierung, nicht Pauschalisierung wäre gefragt. Und genau dies gibt es bei Grunenberg nicht. Sie malt in Schwarz-Weiß, bietet grobe Vereindeutigungen, die der „Epoche der Ambivalenz“ (Peter Weiss), um die es geht, nicht gerecht werden. Man muss nur Ruth Rehmanns Intellektuellenroman damit vergleichen, der die beiden Einschnitte der neuesten deutschen Geschichte, 1945 und 1989, ineinander spiegelt, um die Primitivität von Grunenbergs Klischees zu ermessen. Die Literatur, von der sie sagt, sie habe „zur Stützung oder gar zur Verlängerung der Diktatur beigetragen“, soll dies wegen ihres sozialen Engagements getan haben. Sie zitiert Karin Hirdinas Prognose vom März 1990,

die westdeutschen Kritiker würden bald kommen und den ostdeutschen Literaten „die Träume austreiben und den Sinn für soziale Verantwortung“. Dass Hirdina zudem die Verbindung zwischen den Schriftsteller-Intellektuellen und dem Volk beschwört, „entlarvt“ Grunenberg vollends als Formel für antidemokratische Literatur. Sie macht daraus „den politischen Auftrag eines als antikapitalistisch und antidemokratisch undefinierten Humanismus“, eine Perspektive, „in der humane Kultur allenfalls in fundamentaler Opposition zum Staat möglich“ sei. Da geht alles durcheinander. Gerade noch machte sie keinen Unterschied zwischen sozialem und staatlichem Engagement, und jetzt ist aus dem sozialen das antistaatliche und aus dem demokratischen das antidemokratische geworden. Grunenberg hätte alles Recht, diejenigen anzugreifen, die sich der Macht andienen. Aber sie greift just die Widerständigen mit einer Rhetorik an, als gälte es, sich der Macht zu entwinden. Und was das Bedenkenswerteste daran ist: sie tut es als Teil der heutigen Macht und reitet doch auf der Welle des Moments. Die Welle aber geht nach rechts.